101 Stück. Die Durchschnittspreise für je einen Ochsen betrugen etwa 5000—11 000 Mark, für je eine Kuh 3000—10 000 Mark, für je eine Kalbin 6500—10 200 Mk., für je ein Stück Jungvieh 2000—4000 Mark und für je ein Kalb 1000 Mark. Der Verkehr war mäßig bei festen Preisen.

Für das Hilfswerk der Katastrophe bei Ludwigshafen

gingen bei der Geschäftsstelle unserer Zeitung bisher weiter ein:

Jost Heinrich 50 Mark; G. G. 20 Mark; Ungenannt 20 Mark; F. Dieffenbach 50 Mark; M. Geier 5 Mark; K. Wanner 30 Mark; Gebr. Vollrath 100 Mark.

Den Spendern herzl. Dank. Um weitere Gaben wird gebeten.

Verlag der „Breisgauer Nachrichten."

Druck und Verlag der Druck- und Verlagsgesellschaft vormals Dölter in Emmendingen. Geschäftsinhaber Karl Ewig und Wilhelm Fundt Erben.
Verantw. Redakteur: Otto Teichmann Emmendingen.

Amtliche Bekanntmachungen

Die **Winterschafweiden** auf den domänenärarischen Wiesen der Gemarkungen
Riegel (72 ha, für 200 Schafe) und
Nimburg (150 ha, für 300 Schafe)
sind für die Zeit von November ds. Js. bis 15. März 1922 im Wege des Angebots unter Vorbehalt freier Auswahl unter den Bewerbern zu vergeben.

Angebote (für jede Gemarkung besonders) erbittet **das Bad. Domänenamt Emmendingen** (Baden) bis zum 25. Oktober 1921. 6073

Städtische Bekanntmachungen

Städt. Seefischmarkt
Emmendingen.

Heute Dienstag, den 18. Oktober 1921, nachmittags von ½5—½6 Uhr im Sparkassenhofe. Abgabe von Seefischen als: 330

ff. Seehecht
ff. Schellfische
ff. Rotzungen
ff. Seelachs
} per Pfund Mk. 3.—

Unser Lieferant berichtet: **Fische sind ganz frischen Fängen entnommen, in tadelloser Eisverpackung, zu billigsten Preisen** berechnet.

Emmendingen, den 18. Oktober 1921.
Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Bei genügender Beteiligung werden auch dieses Spätjahr wieder in jedem Amtsbezirk des Kreises einwöchige 329

Obstbaukurse

abgehalten werden, an welchen sich jedermann beteiligen kann. Ort und Zeit der Kurse wird den sich Meldenden s. Zt. mitgeteilt. Das Kursgeld beträgt Mk. 20.— und wird bei Beginn des Kurses vom Kursleiter eingezogen.

Anmeldungen zur Teilnahme an diesen Kursen haben bis **22. Oktober 1921** auf dem Rathaus Zimmer Nr. 4 zu erfolgen.

Emmendingen, den 17. Oktober 1921.
Das Bürgermeisteramt.

Brennholzversteigerung.

Die **Stadtgemeinde Waldkirch** versteigert am **Freitag, 21. Oktober, vorm. ½10 Uhr** im „Rathaussaal": 6070

ca. 1000 Ster tannenes und meist buchenes Brennholz.

Nähere Auskunft erteilt Waldmeister Seger. Bedingungen wie üblich. Zahlungsfrist **20. Nov. 1921,** Abfuhrfrist 1. Febr. 1922.

Farren-Versteigerung.

Die **Gemeinde Bischoffingen** versteigert am **Montag, den 24. ds. Mts., nachm. 1 Uhr** beim Farrenstall einen schweren 6054

fetten Farren.

Der Gemeinderat.

Farren-Verkauf.

Die **Gemeinde Buchholz** verkauft im Submissionswege einen zuchtuntauglichen

Farren.

Angebote aufs Ganze gestellt nimmt bis **spätestens Freitag, den 21. Oktober, nachmittags 7 Uhr** entgegen. 6071

Der Gemeinderat.

Für meine Damenschneiderei suche
perfekte Näherin
zum Verarbeiten zugeschnittener Stücke
Chr. Stuck-Wagner
Emmendingen.

Goldene Hochzeit!
Danksagung.
Anlässlich unserer goldenen Hochzeit, die wir am 10. ds. Mts. feiern durften, haben wir viel Ehrungen und Wohltaten von nah und fern erfahren, wofür wir unsern herzlichsten Dank aussprechen. Besonders danken wir dem Herrn Pfarrer Schmitt für seine schöne, zu Herzen gehende Rede in der Kirche und dem Musikverein für sein dargebrachtes Ständchen.
Karl August Ehrler und Frau nebst Kindern.
6057
Teningen, 17. Oktober 1921.

Während der Messe!
Grosser Resten-Verkauf
Schürzen, Neuheiten, Handarbeiten
Steiert, Schusterstr. 36, **Freiburg**
6061

Velour- u. Filzhüte
Neueste Formen und Farben
Seiden- und Klapphüte
in bester und schönster Ausführung
Mützen, Stoffhüte
HELD, Freiburg
5668 Friedrichstrasse 7.

Henko
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda
unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller Henkel & Cie. Düsseldorf

Raucher die mit dieser teuren Leidenschaft behaftet sind, werden durch unser bewährtes „Abstin" befreit. Packung zur 3-wöchigen Kur 8 M., Nachn. 45 Pfg. (Unschädl.) Wirkung garantiert. 1800 Dankschr. Teutsch & Co., Neukölln, Postfach Nr. 271.

Ein 6063
Hund
(schwarz-braun)
zugelaufen
Abzuholen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld bei
W. Heß, Küfermeister
Teningen.

Zu verkaufen
ein schönes 6056

Erstlings-Mutter-schwein
mit fünf Stück 4 Wochen alten Jungen.
Haus 134, Sasbach a. K.

Leiden Sie an Kropf ?
(Drüsenanschwellung, Sattbals), Frau A. R. schreibt am 25. Sept. 21: Der Satthals ist bereits verschwunden, danke Ihnen bestens." Seit 20 Jahren viele freiw. Dankschr. über Dr. Fritz **Rauch's Halsbalsam** 1 Fl. Mk. 15.— allein echt gegen Nachnahme von Elefantenapotheke Memmingen (Bayern)

Zu verkaufen
Cudeway-Anzug
für schlanken Herrn,
Kragen
weiche u. gestärkte Nr. 40 bis 42, ein schöner, neuer
Klapphut.
Zu erfr. in der Gesch. des Blattes.

Selbstrasieren
ein Vergnügen mit uns. neuest. Apparat u. Patentschärfer. Vollkomm. Weitrasierzeug, alles übertreff., billig, bequem. Zusammen Mk. 30.—, 6 Ref.-Klingen Mk. 10.—, 6 Seifen Mk. 15.—, Schale Mk. 6.—, Pinsel Mk. 6.—, Rasierstein Mk. 5.— vom **Sanitasverlag Heidelberg 97.**

2 Paar starke
Damenstiefel
(Turenschuhe) Nr. 39 u. 40 sehr gut erhalten, und 1 lederne 6096
Damentasche
wie neu, billig abzugeben
Mundingerstr. 46
Emmendingen.

Grosser Schuhwaren-Verkauf
auf der
Herbstmesse v. 15.-20. Okt. auf d. Stühlinger in Freiburg
Bude Nr. 30.
Es kommen zum Verkauf alle Sorten **Leder-Schuhwaren** für Sonntag und Werktag, für Männer, Frauen und Kinder sowie **Filz-Schnürstiefel, Schnallenschuhe, Tuch- und Leder-Pantoffeln** in sehr grosser Auswahl. Niemand versäume diese wirklich günstige Kaufgelegenheit, da Schuhwaren noch beständig im Preise steigen werden. Kaufliebhaber ladet ein 5993
Bude Nr. 30, weisse Fahne.

Es ist wichtig für Sie
zu wissen, dass Sie Ihre Kleiderbestände jetzt wieder ohne allzugrosse Ausgaben gut ergänzen können. Ich liefere zu 350.— bis 975.— Mk. Anzüge aus wirklich **guten** und **tragfähigen** Stoffen in flotter, moderner Ausarbeitung. Sie finden unter diesen Anzügen solche in Sacco-Form für Strasse und Reise, für Gesellschaftszwecke, sowie Sport-Anzüge mit kurzen und langen Hosen. Lassen Sie sich diese Anzüge in meinen Geschäftsräumen vorlegen
Tobias Lippmann
Freiburg i. Br.
Kaiserstrasse 32, Ecke Weberstrasse.

Zucker frei!
Ich offeriere freibleibend, Mindestabnahme 1 Doppelzentner,
Ia ungebläuten Crystall-Zucker
per Zentner Mk. 500.— ab hier, Säcke Mk. 15.— extra, Zahlung bei Uebernahme oder vor Abgang der Ware. 6062
H. Schäfer,
Müllheim i. B. Telefon Nr. 53

Feldgraue Hosen
Schrittlänge 74/84 Stück Mk. 145.— 6070
Drillich-Anzüge
Größe 46/52 Mk. 130.— franco Nachnahme offeriert
Weintraube
An- u. Verkaufsgeschäft
Karlsruhe, Kronenstr. 52
Günstige Gelegenheit für Hausierer u. Wiederverkäufer.

Drucksachen
aller Art liefert rasch und billig Druck- u. Verl.-Ges. vorm. Dölter, Emmendingen.

Hasen
ganz u. geteilt
empfiehlt
Rud. Ringwald Ww.
Wildhandlung
Emmendingen

Ein wachsamer
Hofhund
zu verkaufen. 6072
Haus 29, Windenreute

Zu verkaufen
2 gut erhaltene
Herren-Ueberzieher
1 fast neuer Frack mit Weste für mittlere Figur, anzusehen zwischen 12 u. 2 Uhr.
Näheres in der Gesch. dieses Blattes.

Zu verkaufen eine ¾
Geige
und eine ganze Geige mit Kasten und Bogen.
Windenreute, Haus 99.

Tüchtige, gelernte
Schreiner
zum sofortigen Eintritt gesucht. 6059
G. Grieb & Cie.
Geroldseckervorstadt 54
Lahr i. B.

Knecht
für sofort gesucht.
Hans Hinselmann
Fuhrhalter, **Waldkirch**
Langestraße 86

Ehrlicher und junger
Knecht
für Landwirtschaft und Haus zu einem Pferd gesucht.
Kaufmann Hug
Endingen a. K.

Möbliertes 5994
Zimmer
von einem Herrn für sofort oder später zu mieten gesucht.
Offerten unter 5994 an die Gesch. dieses Blattes.

Eingetroffen:
Neue
Salzheringe
Bismarckheringe
Nordseekrabben
Lachs geräuch.
bei
W. Reichelt.

Frucht- u. Mehl-Säcke
rein Leinen, 55 und 60 cm breit, 140—160 cm lang empfiehlt billigst
W. Siglers Nachf.
Urach, Württemberg.

Frische Seefische
Schellfische Pfd. 4.50
Bratschellfische „ 2.80
Cabliau „ 4.75
ferner empfehlen wir feinste
Fettbücklinge Pfd. 9.-
ger. Schellfische „ 4.25
Lachsheringe Stück 1.40
L. Gottlieb
G. m. b. H.
Emmendingen, Lammstr. 7.

Breisgauer Nachrichten

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.

Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 15.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 5.— den Monat.

Anzeigenpreis: die einspalt. Petitzeile oder deren Raum 1 Mk., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 8 Mk. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 80 Mk.

Telegr.-Adr.: Dölter, Emmendingen. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392.
Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftsstelle: Karl-Friedrichstraße 11. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7382.

Nr. 244 (Evang.: Ferdinand) Emmendingen, Mittwoch, 19. Oktober 1921 (Kath.: Petr. v. Alc.) 56. Jahrgang.

Zur oberschlesischen Frage.

WTB. Paris, 18. Okt. Die Pariser Zeitungen beschäftigen sich weiterhin sehr eingehend mit er oberschlesischen Frage. Nach dem Blatt Oeuvre sollen der japanische Botschafter und der englische Geschäftsträger im Botschafterrat erklärt haben, die Mandatare des Obersten Rates hätten nicht das Recht, eine Trennung der Frage der Grenzlinie von den wirtschaftlichen Voraussetzungen, inspiriert von Betrachtungen politischer oder anderer Interessenten zuzulassen. Nach dem genannten Blatt sei es sehr gewagt, wenn der amtliche Bericht der Botschafterkonferenz behaupte, daß die Botschafterkonferenz die Lösung des Völkerbundsrates zu der ihrigen gemacht habe, ebenso, daß man am Montag nur die Einzelheiten der Ausführung regeln wollte. Nach dem „Petit Parisien" seien alle Mitglieder der Botschafterkonferenz sich darin einig, daß man die Frage der deutschpolnischen Grenzlinie nicht von den wirtschaftlichen Vorschlägen des Völkerbundsrates trennen könne. Die Schwierigkeiten beständen darin, daß der Friedensvertrag nur die Festsetzung der Grenzlinie vorsehe, aber nicht die wirtschaftlichen Maßnahmen. Man müsse ein Verfahren ausfindig machen, um auch das Wirtschaftsabkommen aufzwingen zu können. Schließlich sagt das „Echo de Paris", man werde sich bemühen, in der oberschlesischen Frage innerhalb der Botschafterkonferenz einen Kompromiß zu bilden. Nach dem Blatte werde Frankreich in der nächsten Sitzung der Botschafterkonferenz, wahrscheinlich am Mittwoch, einen vermittelnden Vorschlag machen.

WTB. Paris, 18. Okt. Der Eclair schreibt: England, das trotz seines Geredes seinen Standpunkt in der oberschlesischen Frage nie geändert habe, zeige sich bereit, die Absichten Deutschlands zu begünstigen. Es verlange von Frankreich, sich ihm anzuschließen, um den beiden Beteiligten die Festsetzung der neuen Grenze als auch die Bildung einer deutsch-polnischen Kommission unter dem Vorsitz eines Neutralen zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Einheit in Oberschlesien aufzuerlegen. „Eclair" hofft, daß die französische Regierung es kategorisch ablehnen werde sich einer solchen Entscheidung anzuschließen, die gleichzeitig dem Versailler Vertrag und dem gemeinen Recht zuwiderlief.

WTB. London, 17. Okt. Die Wochenschluß-Oudlook, die zwar der Ansicht ist, daß die britische Regierung ebenso wie die französische und die italienische die Entscheidung des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage loyal annehmen und nun nach bestem Können durchführen müsse, sieht aus dieser Entscheidung die größte Verwirrung entstehen. Oudlook führt als Beweis dafür an, daß es Personen gäbe, die der Ansicht sind, daß sich auch der Völkerbund von politischen Motiven leiten lasse, das Urteil eines finnischen Diplomaten an, der seine Ansicht, daß die Entscheidung des Viererausschusses in der Frage der Teilung Oberschlesiens von vornherein klar war, wie folgt begründet: Der belgische Delegierte Hymans sei ein glühender Franzosenfreund, der bereits seit der ersten Friedenskonferenz manches gegen Lloyd George einzuwenden habe. Der chinesische Delegierte Wellington-Koo hätte es sich nicht leisten können, die Wünsche der Franzosen unberücksichtigt zu lassen, in dem Bewußtsein, daß Frankreich nach Washington gehe, um China gegen Japan zu unterstützen. Der spanische Delegierte sei wegen Marokko bestrebt gewesen, die Wünsche der Franzosen zu befriedigen, während Brasiliens Vertreter die kulturelle Verwandtschaft mit der lateinischen Schwesternation geltend machte. So neigten alle 4 Mitglieder des Ausschusses nach französischer Seite.

WTB. London, 18. Okt. Laut Daily Telegraph wird trotz der pessimistischen Berichte in britischen Kreisen erklärt, daß keinerlei ernste Differenzen zwischen der britischen und französischen Regierung über die beste Art der Lösung der Anempfehlung des Völkerbundsrates in der oberschlesischen Frage entstanden seien. Die amtlichen französischen Kreise trennten ebenso wenig wie die englischen die politische von der wirtschaftlichen Seite der Regelung. Die Einzelheiten eines so verwickelten Verfahrens könnten doch kaum ohne reichliche Erwägungen geregelt werden.

WTB. London, 18. Okt. Wie Reuter erfährt, haben sich alle alliierten Regierungen damit einverstanden erklärt, die Vorschläge des Völkerbundsrates mit Bezug auf Oberschlesien ohne jeden Vorbehalt anzunehmen. Sie betrachten es als von höchster Wichtigkeit, daß Deutschland und Polen sich streng nach diesen Vorschlägen richten. Was noch der Erwägung unterliegt, sind einzig und allein die Fragen, die das Verfahren betreffen, insbesondere die Frage der Ernennung einer gemischten Kommission, die die Durchführung der wirtschaftlichen Vorschläge des Völkerbundsrates überwachen soll. Es wird für wichtig angesehen, daß diese Fragen erledigt werden, bevor die neue Grenzlinie der deutschen und polnischen Regierung bekanntgegeben wird.

WTB. Bern, 18. Okt. Die „Basler Nachrichten" machen heute bei Erörterung der oberschlesischen Frage auf den Widerspruch aufmerksam, der sich in der Mantelnote der Alliierten vom 16. 6. 1919 und im Wortlaut des Versailler Vertrages findet. In der erwähnten Mantelnote wird ausdrücklich davon gesprochen, daß die Frage, ob Oberschlesien zu Deutschland oder zu Polen gehören soll, durch Abstimmung der Bevölkerung selber entschieden wird. Außerdem führt der Artikel aus, daß es für die Zukunft Europas besser gewesen wäre, wenn der Völkerbundsrat das oberschlesische Industriegebiet ungeteilt gelassen und dem im Fieber zuckenden Europa das gefährliche Experiment einer Amputation im Bezirk eines seiner wichtigsten Lebensorgane erspart hätte. Einen solch. Entscheid, so schreibt das Blatt, hätte wohl das ganz unvoreingenommene Europa vorgezogen.

* * *

WTB. Königshütte, 17. Okt. Der Verband der oberschlesischen Presse ersuchte den Reichskanzler telegraphisch, dahin zu wirken, daß die Freiheit der deutschen Presse in den polnisch werdenden Teilen Oberschlesiens durch internationale Abmachungen garantiert wird.

Ein Protest des Kyffhäuserbundes.

WTB. Berlin, 17. Okt. Der Kyffhäuserbund der deutschen Landeskriegerverbände hat bei der Reichsregierung folgenden Protest erhoben: Als Vertreter von 2½ Millionen ehemaligen deutschen Soldaten, die sich in tiefsteor Erregung über die unserem deutschen Oberschlesien drohende und von der Reichsregierung selbst als verbrecherisch bezeichnete Entscheidung seitens der Entente befinden, fühlen wir uns berufen und verpflichtet, vor aller Welt schärfsten und nachdrücklichsten Einspruch gegen jede Vergewaltigung deutschen Landes zu erheben. Wir führen uns berufen. laut unsere Stimme zu erheben, denn rund 90 000 unser. Vereinskameraden droht in Oberschlesien das fremdländische Joch. Unser Vaterland kann keinen Teil Oberschlesiens entbehren, es sei denn, daß es neuen, unabsehbaren Katastrophe entgegengeführt werden soll. Die Entscheidung, die in Oberschlesien fällt, ist die Entscheidung über das Wohl und Wehe des ganzen deutschen Volkes, eine Entscheidung auch für die nahe und weitere Zukunft Europas.

Gegen die Genfer Beschlüsse.

WTB. Königsberg, 17. Okt. Die bürgerlichen Parteien veranstalteten am Sonntag vormittag in der Stadthalle eine Kundgebung gegen das Genfer Unrecht in der oberschlesischen Frage. In zündenden Worten geißelte der Völkerrechtslehrer, Universitätsprofessor Dr. Kraus, den ungeheuen Rechtsbruch, der wieder einmal am deutschen Volke begangen werden soll und in dessen Abwehr Deutschlands Schrei nach Gerechtigkeit die ganze Welt durchdringen müsse. Darauf gaben die Vertreter der einzelnen Parteien eine von einmütiger Entschlossenheit getragene Erklärung ab, gegen die drohende Vergewaltigung von Recht und Vernunft. In der angenommenen Entschließung heißt es zum Schluß: „Wir Ostpreußen fordern Widerstand bis zum Aeußersten gegen den schweren Rechtsbruch von Genf.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

Berlin, 19. Okt. Der interfraktionelle Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich gestern dem Vorwärts zufolge in einer Sitzung mit dem Reichskanzler über die Kredithilfe durch die Industrie. Auch die politische Lage wurde besprochen! jedoch wurde eine Klärung nicht erreicht. Die Sozialdemokratie wiederholte ihre Erklärung, daß ein Rücktritt des Kabinetts Wirth nicht angängig sei.

Berlin, 19. Okt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der es heißt: Durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft sind die Preise für die Nahrungsmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs maßlos in die Höhe getrieben. Löhne und Gehälter sind völlig unzureichend erhöht. Die wirtschaftliche Lage der Invaliden-, Alters-, Unfall- und Kleinrentner sinken immer tiefer ins Elend. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Preissteigerung der Waren deutscher Herkunft und dem offen betriebenen Wucher zu unterbinden?

WTB. Berlin, 17. Okt. Dem Reichtag ist die durch eine Entschließung vom 26. Februar 1921 gewünschte Statistik über das Ergebnis von Gnadengesuchen nunmehr zugegangen. Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß der Reichspräsident im Rechnungsjahr 1920 über insgesamt 6090 Gnadengesuche eine Entscheidung getroffen hat. Davon betragen 4113 Fälle Urteile militärischer Gerichte und 1977 Fälle Urteile ziviler Gerichte (Reichsgericht und außerordentliche Gerichte). Von den ersteren wurde in 2526 Fällen Gnadenerweise (Straferlassung, Kürzung der Strafdauer, Umwandlung in mildere Strafe, Wegfall von Nebenstrafen) ausgesprochen. In 1587 Fällen erfolgte Ablehnung des Gnadengesuches. In den Fällen der bürgerlichen Gerichte betrafen 30 Urteile das Reichsgericht. Von diesen wurden 9 durch Gnadenerweise, 21 durch Ablehnung erledigt. 1947 Gesuche bezogen sich auf Urteile der außerordentlichen Gerichte. In 290 dieser Fälle wurde ein Gnadenbeweis abgelehnt, in 963 Fällen ein Gnadenerweis ausgesprochen und 69 Fälle erledigten sich durch das Amnestiegesetz vom 4. August 1920.

WTB. Berlin, 18. Okt. **Der deutschnationale Arbeiterbund richtet an die deutsche Arbeiterschaft einen Aufruf, in dem es heißt: Der Verlust eines so wichtigen Wirtschafts- und Kulturlandes wie Oberschlesien verurteilt Millionen deutscher Arbeiter zur Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Verarmung mit allen ihren traurigen Folgeerscheinungen. Diese Willkür der Entscheidung können und dürfen die deutsche Regierung und der deutsche Reichstag nicht anerkennen.**

WTB. Staßfurt, 18. Okt. Die „Mitteldeutsche Presse" und das „Staßfurter Tageblatt" wurden aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten für die Zeit vom 16. Oktober bis 15. November ds. Js. verboten.

Sonstige Meldungen.

Berlin, 18. Okt. Wie eine Korrespondenz von zuständiger Stelle erfährt, hat der Reichswirtschaftsminister einen Handwerkerbeirat beim Reichswirtschaftsministerium gebildet. Die Mitglieder des Beirates wurden aufgrund des Vorschlages des interfraktionellen Handwerkerausschusses des Reichstages und des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ernannt.

Berlin, 18. Okt. In letzter Zeit hat eine Verminderung der Hundertschaften der Schutzpolizei von 121 auf 104 stattgefunden, um dem Standpunkt der Entente Rechnung zu tragen, die einen Teil der Kriminalpolizei in den Mannschaftsbestand eingerechnet wissen wollte.

In der heutigen Verhandlung zog der Vertreter des Finanzministeriums diese Drohung zurück. Das Gericht verurteilte den Finanzminister, anzuerkennen, daß der Vertrag seitens des Prinzen nicht verletzt sei und er kein Recht habe, den angedrohten Verkauf der Pfandstücke vorzunehmen. Die Kosten des Verfahrens wurden dem Finanzminister auferlegt.

WTB. Berlin, 17. Okt. Vor dem Landgericht 1 wurde ein Prozeß zwischen dem preußischen Finanzminister und dem Prinzen Friedrich Leopold entschieden. Der Finanzminister hatte das Vermögen des Prinzen beschlagnahmt und seine Einnahmen gesperrt. Dieser sah sich daher gezwungen, seinen Besitz und sein Mobiliar in Lugano zu verpfänden. Es war dann in Lugano ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach der Finanzminister die aufgelaufenen Schulden bezahlte und die Pfandstücke und Hypotheken dem deutschen Gesandten in Bern in Verwahrung übergeben würden. Im Verfolg neuer Differenzen drohte der Finanzminister mit dem sofortigen Verkauf der verpfändeten Gegenstände.

TU. München, 17. Okt. Die München-Augsburger Abendzeitung veröffentlicht folgendes Privattelegramm aus Offenburg. In der Untersuchung der Mordaffäre Erzberger ist ein neuer Zwischenfall eingetreten. Die Berliner Polizeibeamten, die die handschriftlichen Aufzeichnungen der geflüchteten Täter, ihre Namen und ihre Wohnung gefunden hatten, sind vom Dienst dispensiert worden und es wurde gegen sie ein Verfahren eingeleitet. Das Ermittlungsverfahren wird von der Staatsanwaltschaft Offenburg geführt.

WTB. Paris, 17. Okt. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Washingtgn soll Präsident Harding beschlossen haben, den ehemaligen Vorsitzenden er Newyork Feeral Reservebank, William Boyce Thompson, sobald der amerikanische Friedensvertrag ratifiziert ist, zum Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin zu ernennen.

WTB. Paris, 18. Okt. **Nach einer Havasmeldung aus Moskau ist ein Friedensvertrag zwischen den Sowjetrepubliken Aserbeidschan, Armenien und Georgien einerseits und der Türkei anderseits unterzeichnet worden.**

WTB. London, 18. Nov. **Nach dem Daily Expreß halten es die britische Regierung und die Regierung der Dominions für notwendig, eine starke Flotte mit der Basis Singapore für den Fernen Osten zu schaffen, falls es auf der Washingtoner Konferenz zu keinem Einvernehmen über die Probleme des Stillen Ozeans kommen sollte.**

WTB. London, 18. Okt. Auch die Morgenblätter befassen sich mit dem Sturz der deutschen Mark. Während die Times in einem Leitartikel schreibt, eine Ermäßigung der an Deutschland gestellten Forderungen würde im gegenwärtigen Augenblick die wirtschaftlichen Aussichten Europas nicht verbessern, sagen die Daily News, nach ihrer Ansicht seien die Wiedergutmachungsforderungen am Zusammenbruch der Mark schuld. Wenn der Sturz der Mark anhalte, so könne Deutschland womöglich die geforderten Summen nicht bezahlen. Unter Hinweis auf den Schaden, den der Zustand der Mark ganz Europa zufügt, fragen die Daily News, weshalb man auf der Forderung der Wiedergutmachung bestehe.

WTB. London, 18. Okt. Die Westminster Gazette widmet der deutschen Mark einen Leitartikel. Das Blatt schreibt, der Sturz der deutschen Mark sei das bei weitem ernsteste Ereignis in Europa. Deutschland glaube anscheinend nicht daran, dack die wirtschaftlichen Bürgschaften der Entscheidung des Völkerbundsrats über Oberschlesien die friedliche Förderung der deutschen Industrie in dem geteilten oberschlesischen Industriegebiet gewährleisten werden. Es sei zwecklos, von einer Stabilisierung der Währungen zu sprechen, solange ungeheure Verpflichtungen, die nach allgemeinem Urteil nicht erfüllt werden können, nicht nur auf Deutschland

sondern auch auf den meisten anderen Nationen lasten.

WTB. Washington, 18. Okt. Senator Mac Kenell trat im Senat dafür ein, daß Amerika Truppen am Rheine belassen solle, da die amerikanischen Interessen in den europäischen Angelegenheiten eine amerikanische Truppenmacht am Rheine erfordern. Er sagte wörtlich: Das wird dazu beitragen, das europ. Gleichgewicht wiederherzustellen und wird eine gute Anlage sein.

Aus dem englischen Parlament.

WTB. London, 18. Okt. Heute nachmittag trat das Parlament wieder zu einer kurzen Tagung zusammen, in der es sich in der Hauptsache mit der industriellen Krise befassen wird. Kennworthy beantragte, daß außer der Arbeitslosenfrage während der Herbsttagung auch eine Möglichkeit zur Erörterung der oberschlesischen Frage, der russischen Hungersnot und der irischen Frage geschaffen würde. Lloyd George wird morgen eine allgemeine Erklärung über die Politik der Regierung abgeben.

WTB. London, 18. Okt. Lloyd George hat seine beim heutigen Zusammentritt des Parlaments erwartete Rede auf morgen verschoben. Er wird heute nur eine kurze Erklärung über die Abeitslosenfrage abgeben. Blättermeldungen zufolge werden drei Gesetzentwürfe eingebracht werden, betreffend: 1. Ausdehnung des Handelskreditsystems; 2. Erteilung von neuen Befugnissen an die örtlichen Behörden, Geld für Notstandsarbeiten zu schaffen; 3. Schaffung von Unterstützungsausschüssen und Bereitstellung von besonderen Fonds.

WTB. London, 18. Okt. (Reuter.) Im Unterhaus drang Kennworthy auf eine Erörterung der oberschlesischen Frage. Er sagte, die Entscheidung des Völkerbundsrates habe zur Folge gehabt, daß die Mark um 250 gesunken sei. Er bemerkte nebenbei, selbst die Franzosen geben zu, daß die jetzige deutsche Regierung die beste sei, die Deutschland bisher hatte. Charmberlain sprach sich gegen eine Erörterung der oberschlesischen Frage aus; sie sei eine Entscheidung des Völkerbundes, an die alle Verbündeten sich zu halten verpflichtet seien.

König Ludwig von Bayern †.

WTB. Budapest, 18. Okt. (Meldung des ungarischen Tel.-Korr.-Büros.) König Ludwig von Bayern ist heute nachmittag 4.30 Uhr in Sarvar (Ungarn) gestorben.

Der Tod des früheren Königs von Bayern trat infolge starker Magenblutungen ein. Die Leiche wurde einbalsamiert und wird in einigen Tagen nach München überführt werden, wohin sich auch die Mitglieder der Familie u. der Hofhaltung begeben werden.

Aus Oberschlesien.

WTB. Hindenburg, 17. Okt. Am 16. Oktober, abends 9½ Uhr, wurde der 39 Jahre alte Schmied Paul Pelka in Hindenburg in einer Wirtschaft von einem französischen Soldaten nach einem vorangegangenen Wortstreit durch einen Revolverschuß in den Kopf getötet. Ueber den Vorfall, der in seinen Einzelheiten noch nicht völlig aufgeklärt ist, wurde sofort die Interalliierte Kommission benachrichtigt mit der Bitte um eine strenge Untersuchung. Der französische Soldat, der den Schuß abgab, hat sich der Behörde gestellt. Er behauptet, von dem Getöteten angriffen und geschlagen worden zu sein, während Augenzeugen des Vorfalls bestreiten, daß der französische Soldat in Notwehr gehandelt hat.

WTB. Beuthen, 18. Okt. Gestern mittag wurde auf die Volksbank in Laurahütte ein Raubüberfall verübt. Ein mit zehn Personen besetztes Auto fuhr vor dem Bankgebäude vor. Die Räuber zwangen die Beamten und das Publikum im Kassenraum, sich mit dem Gesicht gegen die Wand zu stellen und raubten 90 000 Mark. Sie entflohen im Auto unerkannt.

Aus dem besetzten Gebiet.

WTB. Mainz, 17. Okt. Von dem französischen Kriegsgericht wurde wegen Zollbetrügereien der Hauptangeklagte, eine gewisser Florence, zu drei Jahren Gefängnis und 250 000 M. Geldstrafe, die übrigen 9 Angeklagten, darunter 2 französische Hauptleute und 4 französische Unteroffiziere zu geringen Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt.

Streikbewegung.

Berlin, 18. Okt. Von den Berliner Abendblättern sind nur die 3 sozialistischen, die Deutsche Zeitung und „Der Deutsche" erschienen. Der Freiheit zufolge handelt es sich beim Konflikt im Verlag Mosse mit seinem Druckereipersonal nicht um einen Streik der Druckereigehilfen, sondern um eine Aussperrung des gesamten technischen Personals, das eine Abänderung des Tarifs, der bis zum 31. Dezember läuft, forderte. Im Gegensatz dazu teilt der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes im Zeitungsgewerbe mit, daß weder im Verlag Rudolf Mosse, noch in irgend einem anderen Berliner Zeitungsverlag eine Aussperrung erfolgt sei. Die bürgerlichen Zeitungsverleger hätten lediglich aus Gründen der Solidarität mit dem Verlag Rudolf Mosse ihr Erscheinen eingestellt und zwar auf ihre eigenen Kosten. Löhne und Gehälter würden weiterbezahlt.

Berlin, 19. Okt. Der Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe dauert weiter an. Auch heute morgen sind nur die drei sozialistischen Blätter und die Deutsche Zeitung erschienen. In einer Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Rudolf Mosse wurde in einem Bericht des Vorsitzenden des Arbeiterrates über den bedauerlichen Verlauf des Konfliktes erwähnt, daß sowohl das Tarifsschiedsgericht als auch das Tarifamt der Buchdrucker die Forderungen des Druckereipersonals des Verlages Rudolf Mosse für unberechtigt erklärt haben. In der Aussprache und in einer Resolution wurde das Vorgehen der Firma, die nicht den Verhandlungsweg gewählt, sondern die Arbeiter fristlos entlassen hat, scharf verurteilt. Vertreter anderer Druckereien bekundeten ihre Sympathie für die Ausgesperrten und erklärten, eine geschlossene Front gegen das Unternehmertum bilden zu wollen.

Drohender Eisenbahnerstreik in Amerika.

WTB. Newyork, 17. Okt. Wenn die Aufforderung zum Eisenbahnerstreik in vollem Umfange befolgt wird, so werden am 30. Oktober über eine halbe Million Eisenbahnangestellte in den Ausstand treten. Am 2. November werden etwa zwei Millionen Angestellte infolge der vollständigen Einstellung des Eisenbahnbetriebes feiern. Wie gemeldet wird, haben über 90 Prozent der Angestellten bereits für den Streik gestimmt. Die Arbeiterführer erklären, daß dies der größte Streik in der Geschichte der Vereinigten Staaten sei.

WTB. Paris, 17. Okt. Wie der Newyork Herald aus Chicago erfährt, haben 11 Verbände von Nebenberufszweigen der Eisenbahner, namentlich Maschinisten, Schmiede usw., inoffiziell erklärt, daß sie bereit seien, sich der Streikbewegung anzuschließen.

Vermischte Nachrichten.

TU. Tuttlingen, 17. Okt. Der Ausschuß der Vereinigten Gewerkschaften und des Vereins der Naturfreunde in Schwenningen hatten am Samstag und Sonntag Gelegenheit, in stattlicher Anzahl unter der sachkundigen Führung von Prof. Dr. Endriß-Stuttgart die Donauversickerung bei Immendingen, Möhringen und bei Aach zu besichtigen. Dabei konnte man sich durch Augenschein überzeugen, wie das Donauwasser in solchen Mengen versinkt, daß im Bett zwischen Immendingen und Möhringen völlige Trockenheit herrscht, und wie dieses Versinkungswasser im Aachtopf wieder zutage tritt. Die ungeheure Schädigung, die dadurch die bad. und württembergischen Donauanlieger erleiden, veranlaßte die Teilnehmer zur Absendung von Kundgebungen an den Reichspräsidenten, die Staatspräsidenten und Arbeits- bezw. Innenminister von Baden und Württemberg, in denen um Abhilfe des beklagenswerten Zustandes gebeten wird.

TU. Kaiserslautern, 14. Okt. In Stambach hatte sich der 10jährige Landwirtssohn Renngen den Haltestrick eines Rindes um den Leib gebunden. Das Rind scheute und schleifte den Knaben eine Strecke weit über den Bahndamm, wodurch der Schädel des Knaben zertrümmert und der Tod herbeigeführt wurde.

TU. München, 17. Okt. Die wirtschaftliche Bedeutung des Oktoberfestes geht daraus hervor, daß der Armenpflege aus der Lustbarkeitsabgabe eine Reineinnahme von 200 000 Mark überwiesen werden konnte. Die Straßenbahn hatte in den Oktoberfesttagen einen Reingewinn von 1,5 Millionen Mark, an Pachtzinsen gingen 850 000 Mark ein und das Elektrizitätswerk hatte eine Reineinnahme von rund 100 000 M.

Aus Baden.

TU. Karlsruhe, 15. Okt. In den Tagen vom 7. bis 9. November findet im großen Sitzungssaal des Landtags die erste bad. interkonfessionelle Konferenz für alkoholfreie Jugenderziehung statt. Im März dieses Jahres ist bereits ein gemeinsames Rundschreiben an alle katholischen und evangelischen Geistlichen Badens mit der Bitte um freundliche Mitarbeit ergangen, das die Unterstützung der in Frage kommenden Kirchenbehörden gefunden hat. Die Konferenz wird vom Ministerialdirektor Dr. Fuchs geleitet werden. Prälat D. Schmitthenner wird namens des evangelischen Oberkirchenrats und Stadtdekan Geistl. Rat Link im Auftrag des Erzb. Ordinariats sprechen. Als Referenten wurden u. a. gewonnen: Prof. Dr. Niebergall, Prof. Dr. Max Herzog von Sachsen und Stadtschularzt Dr. Paull. Um den Geistlichen die Teilnahme an der Konferenz zu erleichtern, werden auf Wunsch die Fahrtauslagen ersetzt. Anmeldungen sind zu richten an die Geschäftsstelle des bad. Landesverbands gegen den Alkoholismus, Karlsruhe, Durlacher Allee 58.

TU. Karlsruhe, 17. Okt. Als Nachfolger des verstorbenen Ministerialrats Rödel schlägt der Vorstand des Badischen Lehrervereins lt. Bad. Beobachter in einer Eingabe an das Unterrichtsministerium den derzeitigen Obmann des Bad. Lehrervereins, Hauptlehrer Hofheinz in Heidelberg, vor.

TU. Pforzheim, 15. Okt. Die in der letzten Zeit hier verübten Einbruchdiebstähle sind jetzt zum Teil aufgeklärt worden. Die Stuttgarter Kriminalpolizei hat in den letzten Tagen dort zwei Einbrecher- und Hehlerbanden ausgehoben und bei dieser Gelegenheit durch die Festnahme verschiedener Personen nicht weniger als 22 große Einbruchdiebstähle in Pforzheimer Gold- und Silberwarenfabriken aufgeklärt, bei denen Metallvorräte und Fertigfabrikate im Wert von über 300 000 Mk. gestohlen worden waren.

TU. Mannheim, 17. Okt. Die Staatsanwaltschaft hat an die hiesige Glaserinnung ein Schreiben gerichtet, in dem ausgeführt wird, daß gegen diejenigen Glaser, die die vom Bürgermeisteramt bekanntgegebenen Preise nicht einhalten und mehr fordern, wegen Preiswuchers zur Verantwortung gezogen werden.

TU. Buchen, 14. Okt. Von den 300 Doppelzentnern Getreide, die hier abgeliefert werden müssen, sind bisher nur 165 Doppelzentner abgeliefert worden. Wenn bis 1. November die rückständige Menge nicht abgeliefert ist, wird gegen die Säumigen mit Strafen vorgegangen.

TU. Baden-Baden, 17. Okt. In der badischen Zigarrenindustrie ist es in einer hier abgehaltenen Sitzung zu einer Neuregelung der Lohnfrage gekommen." Es wurde eine Einigung auf eine Zulage von 25 Prozent erzielt.

TU. Konstanz, 17. Okt. Die Gesamtergebnisse der deutschen Bodenseefischerei im Jahre 1920 betrugen 297 349 Kg. Fische im Wert von 2,7 Millionen Mark. Im Jahre 1919 betrugen die Ergebnisse 318 938 Kg. im Wert von 1,3 Millionen Mark. Von den Gesamtergebnissen entfallen auf badisches Gebiet 154,212 Kg. im Wert von 1,4 Millionen Mark.

Von den Parteien.

⚘ Emmendingen, 18. Okt. Die auf gestern abend in den „Bautzsaal" einberufene Versammlung der sozialdemokratischen Partei wies einen recht guten Besuch auf. Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Herrn Merkel, nahm der erste Redner des Abends, Herr Professor Dr. Koenigsberger (Freiburg) das Wort zu einem ausführlichen Referat über die Arbeiten des verflossenen Landtags. Aus der reichen Arbeit dieses Parlaments hob der Redner vornehmlich die heraus, die die Arbeiter- und Beamtenschaft am meisten interessierten. Als eine der wichtigsten Ergebnisse bezeichnete Koenigsberger die Gehaltsregelung der Staatsarbeiter, -Angestellten und -Beamten. Diese Regelung sei Richtunggebend für die in der Privatindustrie tätigen Angestellten und Arbeiter geworden. Für diese Gehaltserhöhung waren nur die Sozialdemokraten, der linke Flügel des Zentrums unter der Führung des jetzigen Reichskanzlers Dr. Wirth, und ein kleiner Teil der Demokraten; dagegen die Deutschnationalen. Der Achtstundentag, den Redner auch vom wissenschaftlichen Standpunkt aus als eine der wertvollsten Errungenschaften der Revolution bezeichnete, sei durch die bekannte Interpellation des früher nationalliberal, jetzt demokratischen Abgeordneten Niederbühl bedroht worden. Die Arbeiterschaft werde sich aber den Achtstundentag nicht nehmen lassen, denn nur durch ihn sei der Arbeiter vom Arbeitstier zum Menschen geworden, der Anteil an den kulturellen Gütern nehmen könne. Eng zusammen mit dem Achtstundentag hänge die Arbeitslosenfürsorge. Hier habe der sozialdemokratische Arbeitsminister Dr. Engler durch Einbringung der Gesetze über die Elektrizitätsversorgung des Landes und den Bau des Main—Neckarkanal Arbeitsgelegenheit für Arbeitslose geschaffen. Durch den Ausbau des Badenwerks und des Main—Neckarkanals wäre es möglich, sich von der Kohle zu emanzipieren, da uns der teilweise Verlust Oberschlesiens großer Kohlengebiete berauben würde. In der oberschlesischen Frage dürfe man (nach der persönlichen Meinung des Redners) nie vergessen, daß neben 60 Prozent deutscher Stimmen auch 40 Prozent polnische Stimmen abgegeben seien. Die Festlegung der neuen Grenze sei allerdings sehr willkürlich und beraube Deutschland seiner ganzen schlesischen Zink- und Bleiproduktion. Redner hoffe aber, daß diese künstlichen Grenzen durch die weitere Förderung der Internationale in absehbarer Zeit fallen würden und die Menschheit, statt sich in unfruchtbarem Zank um Grenzen zu zermürben, brüderlich zusammenarbeiten werde. Das sei das Ziel des Sozialismus. — Als zweiter Redner nahm Herr Stadtrat und Rechtsanwalt Grumbach (Freiburg) Gelegenheit, den Stand der Dinge im Reich zu erläutern. Man müsse sich in stillen Stunden oft ernsthaft fragen, ob eine Revolution gewesen sei oder nicht. Die Veranstaltung von Frontkämpfertagen und Regimentsfesten, die unter Führung von Ludendorff und „allerhöchsten" Herrschaften stattfänden, müsse oft den Eindruck erwecken, als ob wir den Krieg gewone und nicht verloren hätten. Grumbach ging mit den Legendenbildungen über die erdolchte Front usw. scharf ins Gericht und stellte an Hand authentischen Materials fest, daß in einem kurz vor Kriegende stattgefundenen Kriegsrat der Armeeführer festgestellt wurde, daß die Stimmung an den Fronten gut sei und von revolutionärer Zermürbung der Front keine Rede sei. Ludendorff, der energisch auf Abschluß des Waffenstillstandes gedrungen habe, habe den Zusammenbruch der mazedonischen Front und Oesterreich-Ungarns für so folgenschwer angesehen, daß ein weiteres Kämpfen zwecklos sei. Der Feind habe immer neuen Ersatz an die Front gebracht, während der deutsche Ersatz kampfunfähig war. Die Reaktion hebe immer frecher ihr Haupt empor. Sogar der ehemalige Kaiser fange wieder zu telegraphieren an. „Drei Jahre war der Kaiser krank. Jetzt telegraphiert er wieder, Gott sei Dank!" Redner bedauerte daß es noch kein Gesetz gäbe, das die Beförderung solcher Telegramme durch die Post verbiete. Mit Nachdruck wandte sich Grumbach gegen die noch immer in den Amtsstuben prangenden Fürstenbilder. Die Amtsstuben seien Eigentum des Staates und der Staat sei heute republikanisch. Wenn in wilhelminisch. Zeit ein Beamter ein Bild von Bebel in seine Kanzlei gehängt hätte — keine fünf Minuten wäre er mehr im Amte gewesen. Man verlange von den Beamten nicht, daß sie sich von heute auf morgen in ihrem innersten Herzen von der Monarchie zur Republik wenden; aber wenigstens sollen sie die Republik nicht durch den Kult mit den ehem. Fürstenbildern sabotieren. Redner verlangte weiter die Einheitschule, in der wenigstens eine Reihe von Jahren der Sohn des Reichen mit dem des Arbeiters die gleiche Bank drücken müsse, Neueinführung republikanischer Schulbücher und wandte sich scharf gegen den reaktionären Geist auf den Hochschulen. — Von der Diskussion wurde kein Gebrauch gemacht und so konnte der Vorsitzende die Versammlung mit Worten des Dankes an die beiden Redner gegen halb 11 Uhr schließen.

✗ Mußbach, 18. Okt. Eine sehr interessante Versammlung fand am letzten Sonntag hier statt. Die deutsch-demokratische Partei fand, als sie ihr Versammlungslokal betrat, dasselbe noch besetzt von zwei anderen Parteien, der deutschliberalen Volkspartei und den Deutschnationalen. Später erschienen noch Vertreter des Landbundes. Zunächst gab der Spitzenkandidat der demokratischen Partei, Herr Eckert, in ruhiger und sachlicher Weise die Programmpunkte bekannt, für die er einzutreten versprach. Dabei ließ er die anderen Parteien in Ruhe, griff nicht an und forderte am Schlusse auf, daß jeder nach seiner Ueberzeugung wählen solle. Nun folgte die deutschliberale Volkspartei mit Herrn Dr. Moog als Sprecher, welcher die Entwicklung der demokratischen Partei als Enttäuschung aller nationalliberalen Wähler von der Nationalversammlung bis zur jetzigen Wahl in dauerndem Angriff nachwies. Der Hauptreferent lehnte es ab, mit Gegenangriffen auf die deutsche Volkspartei zu antworten, machte nur Hinweise auf die Regierungsbildung, das Ultimatum u. meinte, die Leute, die das Ultimatum angenommen hätten, hätten recht behalten. Dies rief den liberalen Redner nochmals auf den Plan, der es als eine Unrichtigkeit bezeichnete, daß die Jasager das erfüllt sehen, was sie versprachen. Das Ultimatum wurde s. Zt. angenommen, wie man dem Volke gesagt habe, um Oberschlesien dadurch Deutschland zu erhalten, aber leider ist heute ein großer Teil Oberschlesiens uns verloren und wies den Vorwurf zurück, als eine Unrichtigkeit, daß jemals die deutsche Volkspartei daran gedacht habe, mit Unabhängigen und Kommunisten in eine Regierung zu gehen. Diese Richtigstellung blieb unwidersprochen! Nun sprach Herr Nübling von Denzlingen für den Landbund. Er sprach — und versprach nur für badische Verhältnisse und für den badischen Landtag. Im Landtag will er große Steuerprobleme durch den Landbund erledigen, Steuern, die übrigens durch die vom Landbund verschmähten politischen Parteien schon im Reiche durchgesetzt sind — wie Besteuerung nach dem Ertrage und nicht nach dem Grundwerte — und stellte als Richtlinie auf, daß der Bauer Landbund wählen müsse, um im Reiche für Baden etwas zu erreichen. Dies ist zweifellos ein Hinweis, der der Richtigstellung bedarf: Der Landbund ist ja im Reiche durch die politischen Parteien vertreten und nicht in eigener Wirtschaftsgruppe, wie will dann der badische Landbund die Einwirkung auf das Reich erzielen? Wieder braucht hier der Landwirt die politischen Parteien!!! Herr Nübling sprach sehr sachlich und ohne Angriff auf Parteien. Nach ihm kam der deutschnationale Vertreter, Herr Hofbauer Blum vom Amsenhof, der in überaus humorvoller, originellwitziger Rede erklärte, warum er deutschnational wurde. Ein anwesender Mußbacher antwortete ihm, „wenn wir alle so große Ländereien hätten, wie der Amsebur, dann würden wir Bauern wohl alle deutschnational wählen". Zwischenrufe: Aha Großagrarier. In Rede und Gegenrede ging die Debatte weiter, stets in ruhiger, sachlicher Form. Abermals nötigte der Herr Amsenhofbauer den Anwesenden Lachsalven ab und schloß seine Rede mit den Worten: „darum ihr Bure wähle den goldenen Mittelweg„ und wahlet deutschnational, die Politik der goldenen Mitte." Aber eben obiger Mußbacher Bürger frug darauf: „Ja, die Deutschnationalen sind doch rechts?" (lebhafte Zurufe) „noch weiter rechts als die Liberalen?" (weitere Zustimmung). „Amsebur, du mußt uns doch nicht für dumm halten." Damit war diese Uebertölpelung aufgedeckt und der Redner der Deutschnationalen unter allgemeinem Gelächter erledigt. Die Liberalen erklärten noch, daß sie ja im Reiche den 2. Vorsitzenden des Reichslandbundes in der Fraktion haben, daß ihr Programm sich von dem des Landbundes durch nichts unterscheide und daß wohl kein Vorwurf der Partei gemacht werden könne, auch nur in einem Punkte die Landwirtschaft im Stiche gelassen zu haben. Deshalb könne auch jeder liberal denkende Wähler mit gutem Gewissen liberal und somit den Landwirt Allsonnenwirt Beck von Bahlingen wählen. Herr Eckert dankte Herrn Nübling für seine Worte, die auch ihm aus dem Herzen gesprochen seien und meinte, die Bauern sollten den Herrn Bürgermeister Stork von Schallstadt das Vertrauen schenken. Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß der Sprecher der Sozialdemokratie, Herr Kappes, es vorgezogen hat, nicht zu erscheinen, oder wenn er da war, nichts zu sagen, denn die Stimmung der Versammlung war nicht sehr sozialistisch angehaucht. Ein Sozialdemokrat gab zwar ab und zu Laute, wie Bravo, sehr richtig, von sich, da diese aber bei allen Rednern erfolgten, wurde man sich nicht ganz klar wohin die Sympathie des Genossen in dieser Versammlung am meisten hinzielte.

⚘ Köndringen, 19. Okt. Morgen Donnerstag abend spricht im Rebstock hier der erste und zweite Kandidat der deutschen liberalen Volkspartei. Da es im Interesse eines jeden Wählers liegt, sich politisch über die Ziele einer Partei zu unterrichten, sollte jeder Wähler die Gelegenheit wahrnehmen, die Versammlung zu besuchen. Auch den Frauen möchten wir den Besuch ans Herz legen.

Aus dem Breisgau und Umgebung.

* Emmendingen, 19. Okt. Wir machen auch an dieser Stelle auf die Bekanntmachung des Kreisausschusses in der gestrigen Nummer dieses Blattes, wonach im Laufe dieses Spätjahrs Obstbaukurse stattfinden werden, aufmerksam. Anmeldungen zur Teilnahme an diesen Kursen können bis 26. Oktober ds. Js. beim Brgermeisteramt (Zimmer Nr. 4) gemacht werden.

✗ Emmendingen, 19. Okt. Einem Wunsche der Handwerker entsprechend ist zum Zweck einer engen Verbindung zwischen der Regierung und dem Handwerk ein Handwerkerbeirat bei dem Reichswirtschaftsministerium gebildet worden. Auf Grund eines Vorschlages des interfraktionellen Handwerkerausschusses des Reichstages sowie des vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurde der Reichstagsabgeordnete Havemann der deutschen liberalen Volkspartei als Mitglied auf seiten der Arbeitgeber in diesen Beirat berufen.

TU. Erhöhung der Bierpreise in Baden. Wie der Mittelbadische Brauereiverband dem Badischen Gastwirteverband mitgeteilt hat, beabsichtigen die badischen Brauereien mit Wirkung vom 1. November eine Erhöhung der Bierpreise vorzunehmen. Es soll betragen der Preis für das 8proz. Bier 270 Mk., und derjenige für das 12proz. Friedensbier 380 Mk. pro Hektoliter. In den nächsten Tagen findet eine Besprechung der Gastwirtevertreter mit den Brauereien statt, in der die neuen Ausschankpreise festgesetzt werden sollen.

TU. Die Badische Militärwitwenkasse verfügt nach dem Stande im Rechnungsjahr 1920/21 über ein Vermögen von 1 426 799 Mk. Das Vermögen hat gegenüber dem Stand am 31. März 1910 eine Verminderung von 82 792 Mk. erfahren. Die Zahl der beitragenden Mitglieder beträgt 49. Der Stand der Witwen und Waisen ist von 264 am 31. März 1920 auf 251 am 31. März 1921 gesunken.

TU. Die Verkehrssteigerung nach dem Kriege. Trotz der auf ihr liegenden schweren Lasten ist der Verkehr dauernd gestiegen. Das zeigt sich besonders bei einem Vergleich der Postverkehrszahlen in den Jahren unmittelbar vor und nach dem Kriege. Gegen 1913 stieg die Stückzahl der beförderten Telegramme im Jahre 1919 um 47 Prozent, die Zahl der eingerichteten Fernsprechstellen um 27 Prozent und die Zahl der Ferngespräche um 51 Prozent.

— Neue Reichsbriefmarken. Das Reichspostministerium hat sich entschlossen, aus Anlaß der Deutschen Gewerbeschau München 1922 besondere Ausstellungsbriefmarken herauszugeben. Während im Ausland, vor allem in Amerika, schon bei großen Ausstellungen besondere Briefmarken erschienen sind, ist dieser Beschluß des Reichspostministeriums, der der umfassenden wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der Deutschen Gewerbeschau Rechnung trägt, für Deutschland eine Neuheit. Die Briefmarken der Deutschen Gewerbeschau, über deren künstlerische Ausführung die Verhandlungen noch schweben, werden insbesondere in Sammlerkreisen starke Beachtung und Nachfrage finden.

⚘ Freiamt, 19. Okt. Der Kriegervereinsgauverband Hochberg hält am kommenden Sonntag seinen diesjährig. Gautag im „Lamm" in Reichenbach ab. Der hiesige Kriegerverein rüstet sich, mit der Musikkapelle und dem Gesangverein den Kameraden von nah und fern einen würdigen Empfang zu bereiten und ihnen schöne kameradschaftliche Stunden in Aussicht zu stellen. Kameraden des Kriegervereins stellen unentgeltlich Roß und Wagen zum abholen der Abgeordneten vom Rebstock in Emmendingen bereit. Die Jungfrauen von Keppenbach und Reichenbach werden sicherlich nach Kräften bemüht sein, den alten Soldaten, die so vieles durchgekostet, Blumen und Kränze zu winden.

✕ Teningen, 19. Okt. Kirchendiener Wilhel Speitel, welcher das Amt 41 Jahre lang verwaltete, hat dasselbe nunmehr niedergelegt.

♂ Breisach, 18. Okt. Seit Samstagabend wird dahier der ledige Sparkassenangestellte Hermann Ott vermißt. Der Genannte entfernte sich in Hausschuhen von seiner Wohnung, ließ sich noch rasieren und blieb seitdem verschwunden. Gestern wurde von Privatpersonen nach dem Vermißten im Stadtwalde eine Streife unternommen, welche jedoch ergebnislos verlief. Wie man sonst hört, war Ott körperlich leidend. Derselbe sollte nach dreiwöchentlichem Urlaub seinen Dienst gestern wieder aufnehmen.

Turnen, Spiel und Sport.

F. V. E. I — Athletiksport Freiburg 1:3
F. V. E. II — F. V. Lahr II 1:2.
F. V. E. III — F. F. C. IV 0:2.
F. V. E. Schüler I — Ettenheim 3:2
Wacker-München — T. V. Augsburg 0:411
Sportclub Freiburg — 1. F. C. Pforzheim 2:0
F. F. C. — Phönix Karlsruhe 2:2.
Lahr — Alemannia Freiburg 3:3.
Waldkirch — Haslach 2:1.

t. Emmendingen, 17. Okt. F. V. E. — A. S. V. Freiburg 1:3. Durch ein Eigentor und 2 Elfmeter zu Emmendingens Ungunsten errang A. S. V. eine billigen Sieg. Das Spiel begann sehr lebhaft und zeigte uns Ebenbürtigkeit beider Gegner. Zeitweise allerdings hatte E das Heft stark in der Hand und vermochte den Gegner wiederholt in seiner Spielhälfte festzuhalten. E. hatte einen ausgesprochenen Pechtag. Nach schön eingeleiteten Angriffen blieb der Sturm vorm Tor immer erfolglos. A. S. V. vereidigte in kritischen Momenten allerdings sehr reichlich und ließ unsere Angriffsreihe, die sich ohnehin recht schlecht zusammenfand, kaum zu Worte kommen. Die Außenstürmer stehen auf verlorenen Posten, in der Sturmmitte waren besonders Brunner und Kahn dauernd gut abgedeckt. Die Läuferreihe gab sich redlich Mühe. Mit Hinn, Kahn, Veit wäre aber die Deckung entschieden in Angriff wie auch in Abwehr stärker und Fuchs würde der Mannschaft als Halbrechts oder Rechtsaußen wohl am nützlichsten sein. In der Verteidigung war Grabenstetter gut; Hügl war nicht auf voller Höhe, man vermißte sein sonst sicheres Fangen. — Freiburg stellte eine energische, ausgeglichene Mannschaft. Der Sturm hat Zug nach vorn. A. S. V. wird bei den weiteren Spielen unseres Gaues noch ein gewichtiges Wort mitreden.

Eingesandt.

Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung; diese tragen die Einsender.

♂ Berichtigung. In dem in Nr. 235 erschienenen Artikel wird behauptet, daß bei der amtlichen Fürsorgestelle hier recht unerfreuliche und betrübende Zustände bestehen, die geeignet seien, Entrüstung hervorzurufen. Dies entspricht den Tatsachen nicht. Wir haben die Redner der Versammlung des Kreisverbands Freiburg, des Zentralverbands deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, welche die Behauptung aufgestellt haben, auf 15. 10. 1921 zur Begründung der Beschwerden vorgeladen. Dieselben waren jedoch nicht in der Lage, nennenswerte Mißstände darzutun und mußten sich darauf beschränken, der Fürsorgestelle Mangel an sozialem Verständnis und Verzögerung in der Auszahlung von Beihilfen sowie ein nicht immer freundliches Benehmen gegen einzelne Kriegerwitwen vorzuwerfen. Die Verzögerung der Auszahlrung rührt nicht von der Fürsorgestelle her, die keine Kasse besitzt, sondern hängt damit zusammen, daß im Einzelfalle Erhebungen erforderlich sind, und daß bei Beträgen von über 500 Mark die Genehmigung der Hauptfürsorgestelle erforderlich ist.

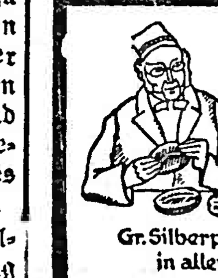
Grundsätzlich werden alle Gesuche mit Wohlwollen geprüft und wird mit den bei der Fürsorgestelle Emmendingen vorsprechenden Personen ruhig und sachlich verhandelt. Die Beschwerden beziehen sich auf Fälle, die ein Jahr zurückliegen und schon Gegenstand einer Nachprüfung durch das Reichsarbeitsministerium waren, das zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß fand. Die Beschwerdefälle rühren aus 2 Orten her, während aus anderen Gemeinden bisher keine Klagen eingelaufen sind. Die Kriegsbeschädigten und Kriegswitwen können versichert sein, daß die amtliche Fürsorgestelle ihre Anliegen mit warmem Herzen erledigt. Es muß aber andererseits erwartet werden, daß die Kriegsbeschädigten und Kriegswitwen ohne Voreingenommenheit mit der Behörde verkehren.

Amtliche Fürsorgestelle.

Geschäftliche Mitteilungen.

Ein gutes Husmittel bei Hautausschlägen, Flechten, Hautjucken, äußerlichen Entzündungen, Pickeln, Mitessern und dergl. ist die bekannte Zucker's Patent-Medizinal-Seife, deren hervorragende Eigenschaften in dem unserer heutigen Stadt- und Land-Auflage beiliegenden Prospekte von sachkundiger Feder gewürdigt werden. Unsere Leser seien auf den ebenso lehrreichen, wie interessanten Inhalt dieses Prospektes noch besonders hingewiesen.

Druck und Verlag der Druck- und Verlagsgesellschaft vormals Dölter in Emmendingen. Geschäftsinhaber Karl Eppig und Wilhelm Zundt Erben.
Verantw. Redakteur: Otto Teichmann Emmendingen.


Der teure Bohnenkaffee gibt erst dann allen seinen Extrakt restlos her, wenn man Pfeiffer & Dillers Kaffee-Essenz dazu tut. Ein Versuch überzeugt
Gr. Silberpaket M.3.– Originaldose M.3.60 in allen einschlägigen Geschäften.

Emmendinger Schweinemarkt. Freitag, den 21. Oktober

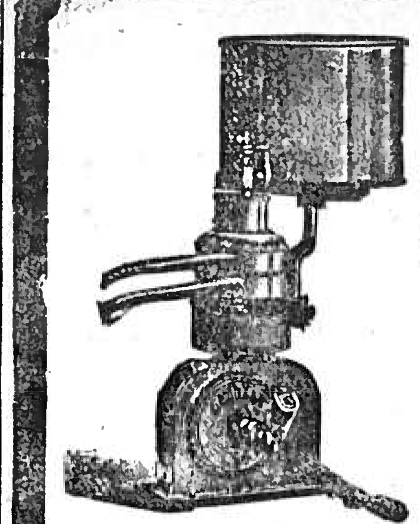
So gut wie neu
werden alle zerbrochenen Gegenstände, wenn dieselben in der mech. Werkstätte von Wilh. Sautter in Emmendingen geschweisst werden; auch werden daselbst sämtliche Reparaturen an landw. Maschinen gut u. preiswert ausgeführt.
Täglich wird geschweisst.

Mercedes-Stiefel und -Halbschuhe
elegante Rahmenware
vorzügliche Passform
Alleinverkauf:
A. Wiesse
Emmendingen, Kirchstrasse 9
Mass u. Reparatur-Werkstätte

Nähmaschinen
aller Art kaufen Sie gut und vorteilhaft bei
Karl Hemler, Uhrmacher, Kenzingen
Günstige Zahlungsbedingungen. 5463

Ich schweiße
defekte Guß- u. Eisenteile aller Art wie Kurbeln-, Pumpen- u. Maschinenteile, Behälter u. dergl. Bedienung prompt. Einlieferung hat zu erfolgen an: Hch. Tritschler, Abtlg. Metallwarenfabr. Krozingen b. Freibg. Fernruf Staufen Nr. 5.

Tilit
Zu haben: Karl Zeller, Emmendingen, Marktplatz 5 und in allen einschläg. Geschäften.

Milch-Entrahmer


entrahmen vorzüglichst.
Einfache Bauart — wenige Teile.
Für jede Maschine zweijährige schriftl. Garantie.
Bedeutend herabgesetzter Preis. Probelieferung.
Hermann Falk, Emmendingen.

Die Eröffnung der
Herdernapotheke
Ecke Zähringer- u. Burgunderstraße
Freiburg i. B. Telefon 1246
zeigt an 6047
Apotheker Friedberg

Bei Gicht, Rheuma, Ischias, Neuralgie
helfen Oramin-Tabletten — richtig u. zur rechten Zeit angewandt — stets, sogar in alten u. hartnäckigst. Fällen, laut zahlreichen Schreiben u. Nachbestellungen dankbarer Patienten. Besonders wird überall die ausserordentlich rasche und schmerzstillende Wirkung und Wohlbekömmlichkeit hervorgehoben. Ein Versuch bestätigt alles. Oramin-Tabletten (Mk. 6.—) in allen Apotheken erhältlich. (Fabrik Germosanwerk München 50). 6093

In 1 Stunde vertilg. Sie unt. Garantie Kopf-, Filz-, Kleid.- Läuse sow. Brut (Nissen), Wanzen, Flöhe bei Mensch u. Tier. Kampolda v. g. M. Wund. unsch. Verk. nur: A. Willikonsky, Freiburg, Münsterplatz 2. Postversand. 5129

Verloren
am Montag, den 17. Okt an der Kläranlage am Elzdamm einen Rucksack.
Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben gegen Belohnung in Köndringen Haus 17, oder in der Gesch. dieses Blattes abzugeben

Ein vollständiges gutterhaltenes 6085
Bett
ist zu verkaufen.
Zu erfragen in der Gesch. dieses Blattes.

Zwei
Benzinfässer
100—150 Liter haltend zu kaufen gesucht
Josef Resch
Emmendingen.

Bettnässer
sofort befreit. Angabe ob männlich oder weiblich Auskunft Mk. 1.—. Unz. Dankschreiben. 5790
Dr. med. Th. Eisenbach
München D 33
Neuhauserstraße 16.

Zu verkaufen eine
Nutzkuh
mit dem 4. Kalb 32 Wochen trächtig, prämierter Abstammung 6094
Haus 46, Nordweil.

Ein trächtiges
Mutter-Schwein
zu verkaufen. 6075
Otto Siuck, Neumühle Köndringen.

1 Knecht u.
1 Dienstmädchen
das melken kann auf 1. Jan. gesucht. 5890
Karl Arnold
Gundelfingen.

Heiraten Sie
nicht ohne Vorbereit. zum wichtigst. Schritt im Leben. D. wahrh. Gold. Familienbuch Hausfrau-Hausärztin sei Ihr Brautführer u. ärztl. Beirat in ehel. Dingen, dann sind Sie gerüst. Prosp. grat. vom Sanitasverlag Heidelberg 97.

Kommenden Freitag treffen frische
Bodensee-Felchen
ein. Vorausbestellungen erbeten bis Donnerstag mittag 6094
Gustav Bloch
Emmendingen
Karlfriedrichstraße 36
Telefon 184.

Fahrrad-Mäntel und Schläuche
nur erstklassige Fabrikate u. prima Qualitäten
Alois Meyer
Fahrräder
Emmendg., Kirchplatz 2

Achtung!
Getragene, guterhaltene Herren- und Damen-Kleider, Schuhe, Wäsche, Paletots, Gummimäntel, Pelerinen,
sowie neue
Sonntags-, Arbeiter-, Militär- und Sporthosen, Sportjoppen,
ferner neue
Sonntags-, Arbeits-, Knaben- und Kinderschuhe
kaufen Sie bekannt am billigsten nur bei
Klein
An- u. Verkaufsgeschäft
Freiburg i. B.
Weberstrasse 6.
Am Sonntag, den 23. Oktober ist mein Geschäft von 8—11 Uhr u. 1—5 Uhr offen.

Wir beschaffen
Darlehn
auf Möbelsicherheit usw. Geschäftsteilhaber, Betriebskapital, kaufen Wertpapiere, Kriegsanleihen ausländische Banknoten Gold, Silber etc. 620
Näheres durch
K. Fachon, Ettenheim.

Empfehle meine
Spezial-Emaillier- u. Reparatur-Werkstätte
für Fahrräder
Ebenso 1373
Gummi
stets auf Lager
W. Grafmüller
Mechaniker, Köndringen

Tüchtige, gelernte
Schreiner
zum sofortigen Eintritt gesucht. 6059
G. Grieb & Cie.
Geroldseckervorstadt 54
Lahr i. B.

Knabe od. Mädchen
von 12—14 Jahren für leichte Arbeit gesucht.
Zu erfragen in der Gesch dieses Blattes.

Lehrmädchen
für Manufakturwarengeschäft gesucht. 6097
Schriftl. Angebote an die Gesch. dieses Blattes unter Nr 6097.

Möbliertes 5994
Zimmer
von einen Herrn für sofort oder später zu mieten gesucht.
Offerten unter 5994 an die Gesch. dieses Blattes.

Möbel
kauft man zu bekannt billigsten Preisen im
Möbelhaus Hitz
Freiburg
Gerberau 34
am alten Theaterplatz
Bitte im eigenen Interesse um Besichtigung.

Wichtig für jedermann!
Während der Meßwoche
kaufen Sie immer noch am billigsten
getragene und neue Anzüge Sonntags-, Arbeits- und Militärhosen Röcke, Mäntel
sowie
Schuhe aller Art
nur
Nußmann-3 Straße 3
Freiburg i. Br.
Reichmanns An- u. Verkaufsgeschäft
Nähe Siegesdenkmal
Meßsonntag bleibt mein Geschäft offen!
6092

Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz.

Amtliche Bekanntmachungen

Laufende Teuerungszuschüsse betr.

Die vom Reichsarbeitsministerium bewilligten laufenden Teuerungszuschüsse für die Schwerkriegsbeschädigten werden von der Amtlichen Fürsorgestelle für die Monate August, September und Oktober 1921 zusammen ausbezahlt. 6085

Die in Emmendingen wohnhaften Schwerkriegsbeschädigten mit den Anfangsbuchstaben A—N werden ersucht, die ihnen zustehenden Teuerungszuschüsse am

Donnerstag, den 20. Oktober 1921

und die mit dem Anfangsbuchstaben O—Z am

Freitag, den 21. Oktober 1921

auf dem Geschäftszimmer der Amtlichen Fürsorgestelle, Bahnhofstraße 4 II. Stock, Zimmer Nr. 16, in Empfang zu nehmen.

Die Schwerkriegsbeschädigten der übrigen Gemeinden des Bezirks werden ersucht, gelegentlich ihrer nächsten Anwesenheit in der Amtsstadt zur Empfangnahme ihrer Teuerungszuschüsse hier vorzusprechen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß nur für die erstmalige Auszahlung ein persönliches Erscheinen notwendig ist; die Auszahlung für die folgenden Monate erfolgt jeweils mittelst Postscheck.

Als Unterlage für die Auszahlung wollen die in Betracht kommenden Schwerkriegsbeschädigten ihre sämtlichen Militär- und Rentenpapiere mitbringen.

Emmendingen, den 18. Oktober 1921.

Bad. Bezirksamt.
Amtliche Fürsorgestelle.

Fahrnis-Versteigerung.

Am Freitag den 21. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr beginnend, werden im Wirtschaftslokal der Brauerei Greiser (Karcher) im Auftrage wegen Wegzug nachstehende Gegenstände gegen bare Zahlung öffentlich versteigert:

2 ausgez. Betten, 1 Kleiderkasten, 1 Backofen (Tritschler) mit Rohr, 7 Salontischchen, Gaslampen, elektr. Lampen Vorhänge, Tischdecken (weiß und bunt), Meiserputzmaschine, Eismaschine, Glas- und Porzellangeschirr in allen Sorten, desgl. Bestecke, Tabletts, Billardkugeln, leere Flaschen, Schnaps-, Tee- und Weingläser, Standen, Kübel u. s. noch viele Gegenstände. 6032

Emmendingen, den 15. Oktober 1921.

Schmidt, Waisenrat.

Stadttheater Freiburg

Samstag, 22. Oktober, abends 7 Uhr, Ende nach 9½ Uhr 6089

Filmzauber

Posse mit Gesang in 4 Bildern von R. Bernauer u. R. Schanzer; Musik von Walter Kollo und Willy Bredschneider

Vorverkauf ab Mittwoch, 19. Okt. Schriftliche und telefonische Bestellungen (Telefon 4400) jederzeit. Nach Schluß der Vorstellung Rückfahrgelegenheit nach allen Richtungen.

Habe meine
Praxis
wieder aufgenommen
E. Peter
Staatl. geprüfter Dentist 6086
Emmendingen.

Deutschnationale Volkspartei
(Christliche Volkspartei in Baden)

Versammlung

in der Festhalle Freiburg
am Mittwoch, den 19. Oktober, abends 8 Uhr

Es sprechen:

Professor Dr. Gustav Maier, Neustadt i. Schw.
Universitätsprofessor Dr. Martin Spahn, Köln a. Rh.

Eintrittskarten Mk. 2.—. Vorverkauf im Württemberger Hof und in Troemers Universitätsbuchhandlung, Freiburg i. B., Bertholdstraße.

Landwirtschaftliche 6091
Maschinen-Ausstellung
Freiburg i. Br.
vom 20. bis 23. Oktober 1921.

Besuchen Sie unseren Stand im grossen städt. Zelt auf dem Vieh- . , hofplatz beim Schlachthof . .

Keuser & Brocatti G. m. b. H.
Ringstr. 22 — Fernruf 4405
Weberstr. 19.

Für die wohltuende Teilnahme an unserem schweren Verluste sagen wir herzlichen Dank.

Familie Friedrich Müller
Oberursel.
Familie Dr. Müller
Konzingen.

Obstbäume

Apfel- und Birnen-, Hoch- und Halbstämme, sowie etwas Steinobst, hat in gangbaren Sorten zu verkaufen

Drexler, Baumschule
Kollmarsreute bei Emmendingen 5645

Gebrauchte große
Schachteln
zu verkaufen 6096
Lammstraße 14
Emmendingen.

Hosen-Streifen Marengostoffe

in allen Preislagen vorrätig bei

Hermann E. Weil
Emmendingen ⁘ Kirchstrasse.

Deutsche liberale Volkspartei.

Morgen Donnerstag, den 20. Oktober findet abends 8 Uhr im

Rebstock in Köndringen

eine 6082

öffentliche Versammlung

statt. Es spricht

1. Kampfleiter Hofheinz, Senatskandidat d. Partei
2. Landwirt Altsonnenwirt Beck von Bahlingen.

über:

1. Reichspolitik und Badische Politik.
2. Die Landwirtschaft und der kommende bad. Landtag.

Freie Aussprache! Jedermann ist freundlichst eingeladen.

Der Bezirksverein Emmendingen.

Die Wahlliste beginnt: Hofheinz, Beck, Koger, Moog.

Kommen Sie nach Freiburg?

Dann besuchen Sie das

Tapetenhaus Nüssner

— Merianstrasse 3 — bei Unterlinden —

Tapeten-Neuheiten
:: grosse Auswahl, in allen Preislagen ::
Ferner empfehle:
Läufer, Vorlagen, Wachstuche
abgepasst vom Stück
Fussbodenlack, Ia Bodenwichse
Nur beste Fabrikate, Solide Preise, Bekannt für gute Bedienung.

Todes-Anzeige.

Heute früh ist nach Gottes heiligem Willen unsere herzensgute, liebe Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Tante und Schwägerin

Frau Maria Neidhart Witwe

wohlvorbereitet im Alter von nahezu 74 Jahren von ihrem langen, schweren Leiden durch einen sanften Tod erlöst worden. 6095

Emmendingen, den 19. Oktober 1921.

Die in tiefer Trauer hinterbliebenen Kinder und Anverwandten.

Die Beerdigung findet Freitag, den 21. Oktober 1921, nachm. 2 Uhr vom Trauerhause (Burg) aus statt. Bitte keine Beileidsbesuche.

Statt besonderer Anzeige.

Heinz Joachim

Die glückliche Geburt eines gesunden Stammhalters zeigen hocherfreut an

Emmendingen, den 18. Oktober 1921.

Max Weil und Frau Emmy
geb. Rosenberger.

Freitag, 21. Oktober, abends 8 Uhr im kleinen Saal der Brauerei „Bautz"

Oeffentl. Frauen-Versammlung

Frl. Dr. Kohlund-Freiburg

spricht über:

„Die Frau und die kommenden Landtagswahlen"

Alle Wählerinnen sind freundlichst eingeladen.

Freie Aussprache! Freie Aussprache!

Deutsche Demokratische Partei.

Rheinische Creditbank

Niederlassung Emmendingen
Marktplatz

Aktienkapital u. Reserven 150 Mill. Mark

Fernsprecher Nr. 99 Telegr.-Adr.: Creditbank
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 34000.

Besorgung aller Arten Bankgeschäfte
Vermögensanlage und -Verwaltung.

Zucker frei!

Ich offeriere freibleibend, Mindestabnahme 1 Doppelzentner,

Ia ungebläuten Crystall-Zucker

per Zentner Mk. 500.— ab hier, Säcke Mk. 15.— extra, Zahlung bei Uebernahme oder vor Abgang der Ware. 6062

H. Schäfer,
Müllheim i. B. Telefon Nr. 53

Breisgauer Nachrichten

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: durch die Post frei ins Haus Mk. 15.— das Vierteljahr, durch die Austräger frei ins Haus Mk. 5.— den Monat.

Verkündigungsblatt der Stadt Emmendingen.
Verbreitet in den Amtsbezirken Emmendingen (Kenzingen), Breisach, Ettenheim, Waldkirch und am Kaiserstuhl.

Anzeigenpreis: die einspalt. Petitzeile oder deren Raum 1 Mk., bei öfterer Wiederholung entsprechend Nachlaß, im Reklameteil die Zeile 3 Mk. Bei Platzvorschrift 20% Zuschlag. Beilagengebühr das Tausend 80 Mk.

Im Falle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Telegr.-Adr.: Dötter, Emmendingen. Fernspr.: Emmendingen 3, Freiburg 1392. Geschäftsstelle: Karl-Friedrichstraße 11. Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 7383.

Nr. 245 (Evang.: Wendelin) Emmendingen, Donnerstag, 20. Oktober 1921 (Kath.: Wendelin) 56. Jahrgang.

Die Vorgänge im Deutschen Reich.

WTB. Berlin, 20. Okt. Gestern haben die Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei getagt. — Lt. Vorwärts hat die Deutsche Volkspartei den Eintritt in ein unzubildendes Kabinet Wirth abgelehnt. — Nach dem gleichen Blatt wurde in journalistischen Kreisen behauptet, daß die Verhandlungen des Zentrums für das Verbleiben Wirths als Reichskanzler durchaus günstig verlaufen seien. — Wie die rechtssozialistische Korrespondenz erfährt, hatte die Sozialdemokratie an der Kanzlerschaft Wirths fest; allerdings nicht in dem Sinne, daß die sozialistische Partei damit stehe und falle, aber doch so, daß sie seinen Rücktritt innen- und außenpolitisch als einen schweren Schlag ansehe. Im Zentrum und in der Demokratie sollen derselben Korrespondenz zufolge starke Strömungen vorhanden sein, die eine Kandidatur des deutschen Botschafters in Paris, Dr. Meyer, in den Vordergrund schieben. Meyer soll bestimmt zugesagt haben, und morgen in Berlin eintreffen.

WTB. Berlin, 19. Okt. Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates erklärte sich heute grundsätzlich mit dem von seinem Unterausschuß ausgearbeiteten Entwurf für eine Kreditvereinigung des deutschen Gewerbes einverstanden. Er wird dem Plenum empfehlen, die Reichsregierung um die Einbringung eines Gesetzes über die Bildung einer Kreditgemeinschaft unter Zugrundelegung der im Entwurf enthaltenen Richtlinien zu erlassen.

WTB. Schwedt i. d. O., 18. Okt. Der deutsche Offiziersbund im Striegau hatte für gestern abend einen Vortrag angesetzt, in dem Admiral Scheer über die Taten der deutschen Hochseeflotte im Weltkrieg sprechen sollte. Bei Beginn forderten die Arbeiter die Räumung des Lokals innerhalb zehn Minuten. Der Kartellvorsitzende Faktotta ersuchte die Arbeiter, den Vortrag anzuhören, doch daran zu denken, daß man in Admiral Scheer den Mann vor sich habe, der 1917 sieben Matrosen erschießen wollte. Darauf setzte ein wilder Tumult ein. Der Redner wurde von der Gallerie mit Geschirr beworfen und sofortige Entfernung der deutschen Kriegsflagge von der Tribüne verlangt. Zwischen den Parteien entstand eine wüste Schlägerei, sodaß der Vortrag nicht abgehalten werden konnte.

WTB. Berlin, 19. Okt. Der „Vorwärts" schreibt zur Sprengung der vom Deutschen Offiziersbund in Striegau einberufenen Versammlung, in der Admiral Scheer über die Taten der deutschen Hochseeflotte im Weltkriege sprechen wollte: Admiral Scheer sei in letzter Zeit erheblich vom nationalistischen Treiben gewisser Offizierskreise abgerückt. Er habe sich namentlich mit sympathischen Worten in der „Vossischen Zeitung" gegen die nationale Verhetzung der Jugend gewandt. Derartige Vorgänge sollten auch in der Arbeiterschaft aufmerksamer beobachtet werden. Man erweise der Republik keinen Dienst, wenn man Offiziere, die sich bemühen, zu der heutigen Staatsform ein ehrliches Verhältnis zu finden, gewaltsam in die Arme der Reaktion zurücktreibe.

Zur oberschlesischen Frage.

WTB. Paris, 19. Okt. Die Botschafterkonferenz hat in ihrer heutigen Vormittagssitzung sich über das Verfahren geeinigt, nach dem den interessierten Regierungen die Entscheidung der Alliierten über Oberschlesien notifiziert werden soll. Die Botschafterkonferenz wird heute nachmittag 5 Uhr eine neue Sitzung abhalten, um die Redaktion der Mitteilungen zu vollenden, die in Warschau und Berlin gemacht werden sollen.

WTB. Paris, 19. Okt. Die Botschafterkonferenz hat heute nachmittag die Redaktion der Mitteilung über die Entscheidung der Alliierten betreffend Oberschlesien beendet. Sie wird morgen nachmittag der deutschen und polnischen Regierung zugestellt werden. Die Mitteilung wird umfassen einen Begleitbrief, den Text der Entscheidung der Alliierten und die Bestimmungen über die bei der Anwendung zu befolgende Prozedur. Diese Entscheidung ist bereits heute abend der Interalliierten Kommission in Oppeln mitgeteilt worden. Die für die Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze gebildete Kommission ist beauftragt worden, unverzüglich mit der genauen Festlegung der neuen Grenzlinien in Oberschlesien zu beginnen.

WTB. London, 19. Okt. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle" in Oppeln meldet: In Oppeln, dem Sitze der Interalliierten Abstimmungskommission, wo sich zahlreiche Sachverständige befinden, hege man die schlimmsten Befürchtungen wegen der wirtschaftlichen Folgen der Entscheidung des Völkerbundsrates, soweit diese bekannt sei. Für diese Befürchtungen werden derartige Gründe angeführt, daß man die Entscheidung des Völkerbundsrates sehr bedauern müsse. Einige Sachverständige leiten der Ansicht, daß, abgesehen von der Vertragswidrigkeit des Vorschlages der Erfolg der Empfehlung des Völkerbundsrates davon abhängt, daß Deutschland in Freundschaft mitwirken wolle, die man selbst in England nicht erwarten könne, und ob die Polen bereit seien, mit dem verhaßten Feinde in Freundschaft zusammenzuwirken. Allgemein herrsche die Ansicht, daß das oberschlesische Dreieck wirtschaftlich und kulturell absterben werde.

* * *

WTB. Königshütte, 19. Okt. Das Organ des polnischen Obersten Volksrates, der „Orendownik", weiß aus Pariser politischen Kreisen mitzuteilen, daß man dort die Ansicht hege, Polen werde bezüglich der Wirtschaftskommission für Oberschlesien in zwei Punkten Einspruch erheben, nämlich gegen die 15jährige Dauer der Tätigkeit der Kommission und gegen das Recht der Kommission, sich in die Angelegenheiten der sozialen Arbeitergesetzgebung einzumischen.

WTB. Rosenberg, 19. Okt. Jenseits der Grenze im Raume von Praska—Stany sind neue polnische Truppenformationen angekommen. In der Nacht zum 18. Oktober unternahm anscheinend eine dieser Formationen einen Vorstoß im Raume Wichrau—Botzanowitsch. Nach zweistündigem Feuern, bei dem Maschinengewehre und Handgranaten verwendet wurden, zogen sich die Polen wieder zurück.

Sonstige Meldungen.

Leipzig, 19. Okt. Vor dem Reichsgericht beginnt am Donnerstag, den 27. ds. Mts. der Prozeß gegen den Regierungspräsidenten a. D. Traugott v. Jagow und den Vorsitzenden des Reichslandbundes, Freiherr von Wangenheim. Beide Angeklagte haben sich wegen Hochverrats und wegen Beteiligung am Kapp-Putsch zu verantworten.

WTB. München, 19. Okt. Das bayrische Gesamtministerium hat an der Bahre des verewigten Königs in Sarvar einen Kranz niederlegen lassen. — Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Die Leiche des Königs wird nach den von seiner Familie getroffenen Bestimmungen nach München überführt werden und in der Domkirche beigesetzt werden. Voraussichtlich wird gleichzeitig die in Mildwart beigesetzte Leiche der Königin Maria Theresia dorthin überführt werden.

WTB. Prag, 18. Okt. Der heute vom Finanzminister Nowak für 1922 unterbreitete Haushaltsvoranschlag weist in den Ausgaben 19 672 Millionen Kronen und in den Einnahmen 18 884 Millionen Kronen auf. In seiner Begründung zum Staatsvoranschlag stellte der Finanzminister fest, daß die vorgesehenen Einnahmen diejenigen des laufenden Jahres um 5 Milliarden übersteigen.

WTB. Paris, 18. Okt. Nach einer Mitteilung einer Nachrichtenagentur hat der Generalsekretär des internationalen Arbeitsamtes, der sozialistische Abgeordnete Thomas, sein Mandat als Abgeordneter der französischen Kammer niedergelegt.

WTB. London, 19. Okt. Daily Chronicle schreibt zum Sturz der deutschen Mark: Wenn der Sturz so weiter gehe, sei die Entente verantwortlich, weil sie ihn nicht auf die einzige Art verhindert, durch die er zu verhindern gewesen wäre, nämlich durch eine Verminderung der Zahlungsleistungen Deutschlands. Der rasche Sturz der Mark könne katastrophale Folgen zeitigen, die sich weit außerhalb Deutschlands fühlbar machen würden. Diese würden das Wiederaufleben des Handels in Europa noch weiter verzögern.

Der Friedensvertrag vom amerikanischen Senat angenommen.

WTB. Washington, 19. Okt. Der Senat hat die Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn ratifiziert. Ergänzend wird hierzu gemeldet, daß die Verträge mit dem Deutschen Reich und Oesterreich mit 66 gegen 20 Stimmen und der Friedensvertrag mit Ungarn mit 66 gegen 17 Stimmen angenommen wurden.

WTB. Washington, 19. Okt. Bevor der Senat zur endgültigen Abstimmung über die Friedensverträge schritt, bei der eine um 8 Stimmen höhere Mehrheit erzielt wurde, als durch Zweidrittelmehrheit erforderlich war, versuchten die Demokraten anstelle des Vertrages mit Deutschland den Versailler Vertrag mit den von Lodge vorgeschlagenen 12 Vorbehalten zur Annahme zu bringen. Dieser Versuch mißglückte. Es wurden die vom Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten vorgeschlagenen Vorbehalte angenommen, durch die untersagt wird, daß die Vereinigten Staaten an der Reparationskommission oder an einer anderen internationalen Kommission ohne Zustimmung des Repräsentantenhauses sich als Mitglieder beteiligen. Nach der Zustimmung des Senats zum Friedensvertrag steht nur noch die formelle Ratifizierung aus.

WTB. Washington, 19. Okt. Im Senat trat der Senator Johnson (unversöhnlicher Republikaner) für die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland ein. Er sagte, er könne sich nicht der Ansicht anderer unversöhnlicher Republikaner anschließen, daß der Vertrag wahrscheinlich die Vereinigten Staaten in die europäische Verwicklungen hineinziehen werde. Aber, so erklärte er, es sei untlug, daß die Vereinigten Staaten sich weigerten, der interalliierten Reparationskommission beizutreten. — Senator Hitchcock, der frühere Führer der Kreise, die für die Ratifizierung des Versailler Vertrages waren, sprach ebenfalls für die Ratifizierung des dem Senat vorgelegten Vertrages. Er meinte, die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland sei für die Rehabilitierung Amerikas notwendig. Er führte aus: Die Vereinigten Staaten hätten den Versailler Vertrag dadurch anerkannt, daß sie eine Stimme bei der Verfügung über Yap und andere frühere deutsche Besitzungen beanspruchte. — Darauf sehnte der Senat mit 71 gegen 7 Stimmen einen Zusatzantrag zum Friedensvertrag mit Deutschland ab, der die Vereinigten Staaten von allem aus dem Vertrage von Versailles sich ergebenden Verpflichtungen befreien wollte.

WTB. Washington, 18. Okt. Der Senat hat durch Handaufheben einen von dem demokratischen Senator Walsh aus Montana vorgeschlagenen Zusatzantrag zum Friedensvertrag für Deutschland zurückgewiesen, der das Zusammengehen der Vereinigten Staaten mit anderen Mächten zum Zwecke, Deutschland gegen jeden nicht herausgeforderten feindlichen Einfall zu schützen, billigt. Ein zweiter Antrag desselben Senators, der verlangt, daß die Vereinigten Staaten für den Fall, daß Deutschland ohne Herausforderung seinerseits, angegriffen würde, aus freiem Antrieb ihre Hilfe anbieten, wurde ebenfalls mit 62 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Senator Hiteneck unterstützte den zweiten Antrag von Walsh, indem er erklärte, die militärische Partei Frankreichs könnte für den Frieden der Welt eine ernste Gefahr werden. Shortridge erklärte andererseits, Frankreich sei zu seiner Furcht berechtigt, mit Rücksicht auf die Tatsache, daß es im Verlauf von 40 Jahren zweimal von Deutschland angegriffen worden sei. Lodge, Lenroot und andere Republikaner widersprachen dem Antrag mit der Begründung, daß man sich darauf verlassen könne, Deutschland würde für seine eigenen Interessen sorgen.

WTB. London, 19. Okt. Einer Exchangemeldung aus Washington zufolge hat vor der Ratifizierung der Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn der Senat mit 56 gegen 12 Stimmen den Zusatzantrag des Senators Mac Kellar abgelehnt, wonach Deutschland gezwungen werden sollte, anzuerkennen den Krieg verschuldet zu haben.

Französische Kammer.

Paris, 18. Okt. Die außerordentliche Tagung der Kammer ist heute nachmittag eröffnet worden. Als erster Interpellationsredner über die allgemeine und auswärtige Politik der Regierung bedauerte der Radikale Margaine, daß Deutschland einen beträchtlichen industriellen Einfluß im Industriebezirk von Obrschlesien behalten solle. Der Royalist Daudet sagt, die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen in Deutschland sei 5 Wochen nach der Ermordung des Kommandanten Montalégre erfolgt. Die Regierung scheine Deutschland gegenüber eine klare bestimmte Politik zu verfolgen, die zum Ausdruck komme durch das Abkommen von Wiesbaden. In diesem Augenblick unterbrach jemand von der Parlamentstribüne den Redner und nannte ihn einen Verräter seiner Partei. Der Ruhestörer wurde entfernt. Daudet fuhr fort, es scheine, daß die französische Regierung die Geschichte verkenne und wieder die Haltung des Besiegten einnehme (!), die vor Abschluß des Friedensvertrages von Versailles hätte gebilligt werden können, aber jetzt nicht mehr zulässig sei. Er wundere sich, daß der Mörder Montalégres nur zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden sei.

Die französische Regierung habe ihre Pflicht nicht getan, weil sie wenige Wochen nach dem Attentat die wirtschaftlichen Sanktionen aufgehoben habe. Die nachfolgenden Regierungen würden einen Krieg führen müssen. — Briand erklärte, er wolle den Frieden aufrechterhalten, solange dies möglich sei, und er habe dem Lande den Rat gegeben, nicht auf Provokationen zu hören. Daudet fordert die Kammer auf, allen Deutschen zu mißtrauen, namentlich aber Stresemann und Rathenau. Stresemanns Partei sei die alte Partei Bismarcks; aber auch der Sozialisten könne man nicht vertrauen.

Abg. Peyroux bedauerte, daß Briand die gerechte Sache des Obersten Rates nicht habe zum Ziele führen können. — Briand erwiderte, Frankreich sei im Obersten Rate nicht allein gewesen; auch die Verbündeten hätten ihren Standpunkt vertreten. — Peyroux sagte, er sei überzeugt, daß Lloyd George sich schließlich gebeugt und Briand Recht behalten hätte. Der Anteil an Oberschlesien, den der Völkerbund Deutschland zugesprochen habe, komme für Deutschland völlig unerwartet. Deutschland behalte die Möglichkeit, in Oberschlesien seine großen Kriegsarsenale wieder aufzurichten. Briand erklärte, der Friedensvertrag zwinge Frankreich eine Solidarität auf, die es nicht ohne Gefahr aufgeben könne. Die Besetzung des Ruhrgebietes sei eine Bedrohung gewesen. Sie wäre nur mit den Alliierten gemeinsam gemacht worden, wenn Deutschland das Ultimatum nicht angenommen hätte. Das Land müsse sich Rechenschaft darüber ablegen, daß der Wechselkurs den Milliarden deutscher Goldmark die Bedeutung nehme. Deutschland habe bis jetzt bezahlt; das Ultimatum sei angenommen worden. Was wollen wir mehr. Hierauf wurde die weitere Beratung der Interpellationen auf morgen vertagt.